Der Wahnsinn in Zahlen

NATO-Gipfel, neues Ausgabeziel und deutsche Haushaltsplanung

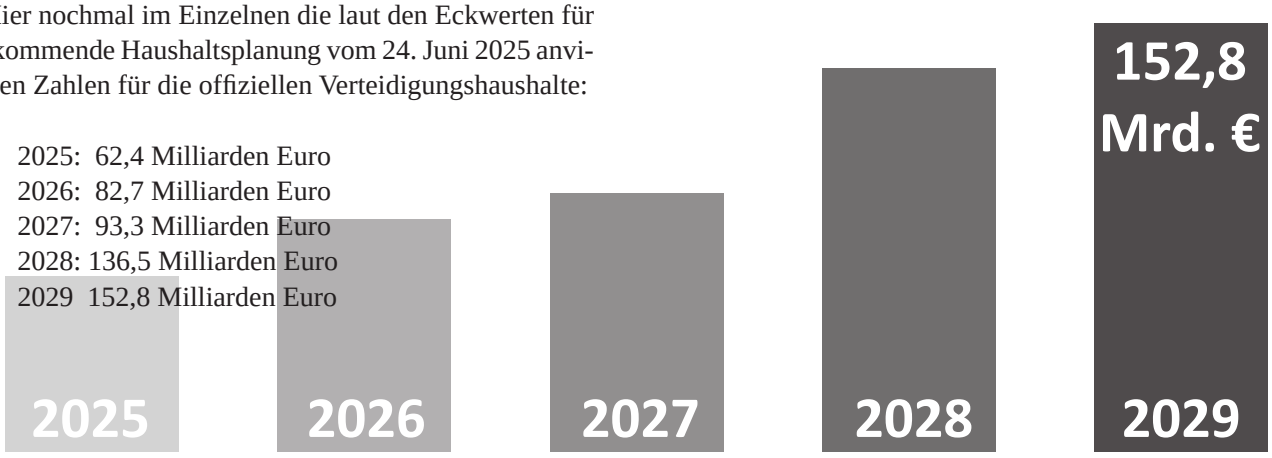
von Tobias Pflüger und Jürgen Wagner

Beim NATO-Gipfel im Juni 2025 stimmten alle Mitgliedsstaaten außer Spanien dem neuen Ausgabenziel von 5% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu. Es soll sich aus zwei Komponenten zusammensetzen: Militärausgaben von 3,5% des BIP (Verteidigungsausgaben, Waffenlieferungen….) im engeren und von 1,5% des BIP im weiteren (militärrelevante Infrastrukturmaßnahmen…) Sinne. Die entscheidende Stelle aus dem Abschlussdokument lautet: „Die Verbündeten sagen zu, bis 2035 jährlich fünf Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in die zentralen Verteidigungsaufgaben sowie in verteidigungs- und sicherheitsrelevante Ausgaben zu investieren."

Dennoch will Deutschland die Vorgaben sogar bereits früher als im Abschlussdokument des NATO-Gipfels angepeilt erreichen: Laut den am 24. Juni 2025 vorgelegten Eckwerten für die kommende Haushaltsplanung soll der Verteidigungshaushalt von 51,95 Mrd. Euro (2024) auf 152,8 Mrd. Euro (2029) ansteigen. Hinzu sollen 2029 die ebenfalls von der Schuldenbremse ausgenommenen Ausgaben für Zivil- und Bevölkerungsschutz (2,3 Mrd.), Nachrichtendienste (2,4 Mrd.), IT-Sicherheit (1,7 Mrd.), Waffenlieferungen insbesondere an die Ukraine (8,5 Mrd.) kommen. Dies würde sich auf 167,8 Mrd. Euro bzw. 3,5% des BIP summieren, zu denen noch die Gelder für militärische Infrastrukturausgaben von 1,5% des BIP kommen dürften – zusammen also rund 240 Mrd. Euro bei einem geplanten Gesamthaushalt von 573,8 Mrd. Euro!

Hier nochmal im Einzelnen die laut den Eckwerten für die kommende Haushaltsplanung vom 24. Juni 2025 anvisierten Zahlen für die offiziellen Verteidigungshaushalte:

2025: 62,4 Milliarden Euro
2026: 82,7 Milliarden Euro
2027: 93,3 Milliarden Euro
2028: 136,5 Milliarden Euro
2029 152,8 Milliarden Euro

Als „historisch" bezeichnete NATO-Generalsekretär Mark Rutte die Einigung auf das neue Ausgabenziel und das ist sie in der Tat: Der bisherige Höchststand der deutschen Rüstungsausgaben reicht ins Jahr 1963 und lag damals mit 4,88% des BIP unter den derzeitigen Plänen.
Möglich wird diese Aufrüstung durch die „Bereichsausnahme" genannte Aussetzung der Schuldenbremse für die Militärausgaben, die vom alten Bundestag in einem zutiefst undemokratischen Hauruckverfahren mit den Stimmen von Union, SPD und Grünen durchgepeitscht wurde. Dadurch wird es möglich, nach aktuellen Planungen allein zwischen 2025 und 2029 Kredite im Umfang von 378,1 Mrd. Euro zur Finanzierung der Militärausgaben aufzunehmen.

Perspektivisch soll der aus dem Haushalt und nicht über Schulden finanzierte Anteil jedoch stetig erhöht werden, was nicht ohne drastische Kürzungen in anderen Bereichen machbar sein wird. Ohnehin an Sozialkürzungen interessierte Akteure laufen sich bereits warm: „Thorsten Frei von der CDU kündigt tiefgreifende Veränderungen im sozialen Sicherungssystem an. Als einer der Hauptakteure in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD fordert er eine grundlegende Neuausrichtung der Haushaltsprioritäten. Gesundheit, Pflege und Rente stuft Frei als zentrale Herausforderungen ein. Für ihn steht fest: Einsparungen lassen sich in diesen Bereichen nicht mehr vermeiden." (table.media: 18.4.25).